

Die weitere Entwicklung des Schulzentrums Telgte mit ihren derzeit drei Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium wird in der neuen Wahlperiode ein wichtiges Thema für Rat und Verwaltung werden. Sinkende Schüler/innen-zahlen insbesondere bei Haupt- und Realschule erfordern ein vorausschauendes Handeln und eine enge Zusammenarbeit des Rates und der Stadt als Schulträgerin mit den Schulleitungen, den Eltern- und Schüler/innen-Vertretungen. Eine bloße

Die Zukunft des Systems Schulzentrum Telgte: Bloße „Verbundschule“ ist keine Lösung

„Verbundschule“ als weitgehend organisatorischer Zusammenschluss von Haupt- und Realschule ist aus Sicht der GRÜNEN keine Lösung, die zugleich inhaltliche und qualitative Verbesserungen brächte.

Im März dieses Jahres hatten die GRÜNEN zu einer

schulpolitischen Diskussion mit Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der TU-Dortmund und mit Sylvia Löhrmann, der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW, eingeladen. Dabei ging es unter anderem um die Zukunft der weiterführenden Schulen im Schulzentrum

Telgte, insbesondere um die Zukunft der Haupt- und der Realschule. Die zurückgehenden Schüler/innenzahlen lassen in naher Zukunft eine Einzügigkeit der Ganztags Hauptschule und eine dauerhafte Zweizügigkeit der Realschule erwarten.

Als Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung benannte Rösner neben einer Gesamtschule und einer Verbundschule der beiden Schulformen wie in Ostbevern auch eine Gemeinschaftsschule nach dem in Schleswig-Holstein gefahrenen Modell. Die Gemeinschaftsschule garantiert eine gemeinsame Schulform für alle Schüler/innen vor Ort und ermöglicht auch den gymnasialen Bildungsgang mit einem Abitur-Abschluss. Daneben bliebe das Gymnasium als selbstständige Einheit bestehen.

Diese Variante, die derzeit auch in Nordrhein-Westfalen in vielen Städten diskutiert,

bisher aber vom Schulministerium NRW abgelehnt wird, könnte einen neuen Impuls setzen, um qualitative Aspekte und die individuelle Förderung von Stärken und Schwächen der Schüler/innen in einem gemeinsamen Schulsystem in den Vordergrund zu stellen. Eine solche Entwicklung muss aber gut vorbereitet und mit allen Akteuren abgestimmt sein.

Ein Fazit der schulpolitischen Veranstaltung war die Empfehlung von Dr. Ernst Rösner zur Bildung eines "runden Tisches", an dem die weiterführenden Schulen in Telgte, die Stadt als Schulträgerin und die politischen Parteien im Rat gemeinsam - und zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit - beraten, welche Optionen einer Schulentwicklung es am Schulzentrum geben könnte. Gefordert sei eine behutsame Entwicklung ohne zu rasche Entscheidungen oder Brüche. Die GRÜNEN unterstützen diese Form einer Annäherung an das Thema Gemeinschaftsschule und haben bereits eine entsprechende Anregung an den Bürgermeister gegeben. Jetzt ist Handeln angesagt.

w.p. grüne ratsfraktion



Auch im kommenden Schuljahr wird das Schlessen für Kinder aus bedürftigen Familien finanziell unterstützt.

Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ verlängert

Der Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ist vor der Sommerpause für weitere zwei Jahre verlängert worden: NRW fördert auch in den kommenden beiden Jahren Schlessen für Kinder aus bedürftigen Familien. Das Kabinett beschloss am 19.05.2009 den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ bis zum 31. Juli 2011 zu verlängern und ihn von 15 auf 19 Millionen Euro pro Schuljahr aufzustocken.

Dies ist letztlich auch ein Ergebnis der politischen

Drucks der Opposition im Landtag, vor allem aber natürlich der großen Nachfrage nach Mitteln des Fonds. Zwar entspricht dies immer noch nicht den Forderungen der GRÜNEN „Jedem Kind eine warme Mahlzeit“ in allen Schulen anzubieten, aber es ist ein erster richtiger Schritt und zeigt, dass die Landesregierung aus dem angestoßenen Prozess nicht mehr herauskommt.

[Landtagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW]



Orkottenplanung hängt schon zu lange durch: Feuerwehr ist die Leidtragende

Die Planung und Realisierung einer neuen Feuerwache am Orkotten hängt. Leidtragende dieser Hängepartie ist in erster Linie die Freiwillige Feuerwehr unserer Stadt, die dringend neue funktionale Räumlichkeiten und Erweiterungsfläche benötigt. Und damit sind eigentlich alle Einwohner/innen betroffen, weil die Feuerwehr ihre Schutz-

Feuerbekämpfungsaufgaben für alle nur voll erfüllen kann, wenn die Allgemeinheit ihr dazu auch die Mittel in die Hand gibt.

Der Rat der Stadt Telgte hat schon im Jahr 2003 den Brandschutzbedarfsplan für Telgte als Zielplanung beschlossen und damit die formulierten Schutzziele verbindlich festgelegt. Hierdurch hat

sich die Stadt Telgte verpflichtet,

- der Feuerwehr die in den Schutzziele genannten technischen Mittel mit allem erforderlichen Zubehör zur Verfügung zu stellen,
- das Personal der Feuerwehr nach Quantität und Qualität vorzuhalten,
- die erforderliche persönliche Ausrüstung zur Verfügung zu stellen sowie
- die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, die zur Optimierung des Feuerschutzes und somit zur Schutzzieleerreichung erforderlich sind.

In der Folge war dann insbesondere zur Frage des Feuerwehrstandortes (Telgte) die Entscheidung des Rates gefallen, ein neues Feuerwehrhaus für 2 Züge am Standort Orkotten zu planen und zu bauen.

Durch die Verquickung dieser Frage mit Investoreninteressen und der geplanten An- und Umsiedlung großer Lebensmitteläden ist diese Planung bislang nicht recht von der Stelle gekommen.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat den Standort Orkotten für ein neues Feuerwehrhaus von Anfang an unterstützt und steht auch jetzt prinzipiell zu dieser Entscheidung des Rates. Dennoch müssen alle weiteren Schritte – und zwar auch und gerade die Bewertung des Standortes und die Untersuchung von Alternativen – transparent und nachvollziehbar dargestellt werden, damit eine verantwortliche Entscheidungsfindung möglich ist/bleibt.

Eine von den GRÜNEN bereits vor einem Jahr im August 2008 geforderte feuerwehrrichtliche Bewertung des Standortes und eine qualifizierte Fortschreibung und Aktualisierung des Brandschutz-

bedarfsplans ist bis heute nicht erfolgt. Dagegen sperrte sich in der Ratssitzung von Mitte September 2008 die CDU-Fraktion und blockierte damit eine vorurteilsfreie und ergebnisorientierte Auseinandersetzung mit den offenen Fragen.

Jetzt heißt es allenthalben in dieser Wahlperiode des Rates werde das Problem nicht mehr angefasst. Eigentlich nicht ganz nachvollziehbar, denn der Rat ist bis zum 20. Oktober 2009 gewählt und sollte bis dahin auch wirklich arbeiten. Zum anderen löst sich das Problem ja nicht durch Zuwarten.

Alle Parteien und die Ratsfraktionen wie auch die Stadtverwaltung sind aufgerufen, an den Vorbereitungen für eine konkrete und zufriedenstellende Lösung zu arbeiten, damit man in der neuen Wahlperiode in Sachen Feuerwehr nicht wieder bei Null anfangen muss.

w.p. grüne ratsfraktion

Bürgerhaushalt für Telgte

Fortsetzung von Seite 1

Und natürlich werden abschließend die Ergebnisse aus dem Bürgerhaushalt bekannt gemacht.

In NRW haben die Städte Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Monheim und Vlotho an dem Modellprojekt teilgenommen. Dort wurden überwiegend positive Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt gemacht. Näheres ist auf den Internetseiten der Städte zu erfahren.

Das Projekt ist ein Erfolg, das sieht man insbesondere daran, dass immer mehr Städte und Gemeinden den Bürgerhaushalt einführen. Derzeit bereiten unter anderem Köln und Berlin den Bürgerhaushalt vor.

Wir von den Grünen wollen den Bürgerhaushalt in Telgte. Deshalb haben wir

diese Forderung auch in unser Wahlprogramm aufgenommen.

Grundvoraussetzung für den Erfolg eines Bürgerhaushalts ist aber immer: er muß von allen Beteiligten unterstützt werden!

Wir freuen uns schon jetzt auf den Dialog mit BürgerInnen, Stadtverwaltung und Parteien zu diesem wichtigen Thema. Sicher der erste Schritt zu mehr Transparenz.

Das ein Bürgerhaushalt auch Geld kostet, soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden. Bei der Stadt Hilden betragen sie allerdings lediglich 7 Cent pro Bürger.

Weitere Informationen gibt es unter www.buergerhaushalt.de oder bei uns

m.b. grüne ratsfraktion



Altstadt und Orkotten:

Eine Denkpause ist gut

... wenn sie nicht zu lange dauert ...

Im Wahlprogramm der GRÜNEN zur Kommunalwahl am 30. August gibt es eine Überschrift, die lautet „Für eine lebendige und lebensfähige Altstadt“. Na toll, das könnte von jeder Partei kommen und jeder und jede könnte eine solche Aussage unterstreichen. Was wollen die GRÜNEN konkret dafür tun?

Die Orkottenplanung von Bürgermeister Dr. Meendermann, die bisher auch von der Mehrheit der CDU gestützt wird, bedeutet aus unserer Sicht eine massive Beeinträchtigung des Standortes Altstadt. Rechnet man alle Überlegungen für die An- und Umsiedlung von großflächigem Lebensmittelhandel zusammen, könnten so am Orkotten und an weiteren Standorten außerhalb des Altstadtkerns bis zu 3.200 Quadratmeter Verkaufsfläche hinzukommen.

Die erste konkrete Maßnahme ist aus Sicht der GRÜNEN deshalb die Verhinderung dieser Planung. Und nachdem Herr Dr. Meendermann viele Monate gegen eine Mehrheit des Rates stur

an seinen Plänen festgehalten hatte, erklärte er nun im Juni anlässlich einer Hanse-Veranstaltung, man müsse „eine Denkpause einlegen“. Denken ist immer gut, und auch eine Pause kann nicht schaden. Aber sie darf nicht zu lange dauern, sie darf nicht zum Stillstand führen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind zu Gesprächen und Kompromissen hinsichtlich der Orkottenzukunft bereit, aber dann müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Ein Masterplan für die Altstadt

Eine ganz wichtige Bedingung ist dabei die Forderung der GRÜNEN zur Entwicklung eines Masterplans zur Belebung der Innenstadt. Dies bedarf eines gemeinsamen Vorgehens von Stadt, Wirtschaftsförderung, Einzelhandel, Dienstleistern und allen interessierten Einwohnerinnen und Einwohnern für die Stärkung der Zentrumsfunktion. Ein solches konzertiertes Vorgehen (und „konzertiert“ heißt, dass es auch zusammenstimmen muss) muss allerdings aus unserer Sicht extern moderiert werden. Das heißt,

es muss ein/e Expert/in von außen hinzukommen und den Prozess lenken und begleiten, der oder die selbst keine eigenen Interessen im Spiel hat.

Und dann müssten in einem schnellen und intensiven Beratungsverfahren viele kleine und größere konkrete Maßnahmen für die Altstadt entwickelt werden, die sich auch umsetzen lassen und die Wirkung entfalten. Hier kann die Politik nur Stichwortgeber sein und den Prozess unterstützen – das Handeln und Umsetzen müssen die Akteure dann selbst tun. Und das geht mit einer kritischen Überprüfung und Ergänzung des in der Altstadt angebotenen Sortiments los, über eine Harmonisierung der Öffnungszeiten, gemeinsames Marketing und Einzelaktionen, bis hin zu der Idee, die Altstadt quasi wie „ein einziges Kaufhaus“ mit verschiedenen Abteilungen zu führen.

Anbieter für Produkte des täglichen Bedarfs

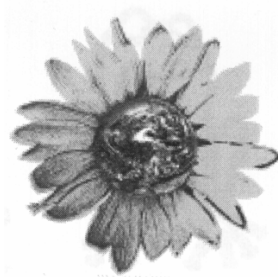
Unstrittig scheint mir dabei zu sein, dass es mehr Anbieter für Produkte des täglichen Bedarfs in der Altstadt geben muss, Lebensmittel und Gebrauchsartikel zum Beispiel, die die Menschen

wieder stärker für den täglichen Einkauf zurück ins Zentrum locken. Und die dort dann auch andere Angebote finden und nutzen würden. Denn gerade der Mix und die Vielfalt des Angebotes würden einen attraktiven Anreiz bieten und Kund/innen binden.

Kulturangebot prägt und befruchtet das Zentrum

Und unstrittig dürfte inzwischen auch sein – das hat die Ausstellung der „Alltagsmenschen“ erneut gezeigt – dass das kulturelle Angebot vom Heimatmuseum und Krippenmuseum über die Stadttouristik, die Volkshochschule und die städtische Bücherei bis hin zum Kulturprogramm und den Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen drinnen und draußen ganz elementar zur Altstadt dazu gehören und das Zentrum prägen und befruchten. Der dadurch erreichte Gewinn für die ganze Stadt geht dabei weit über die Umsätze der Gastronomie oder anderer Anbieter hinaus.

w.p. grüne ratsfraktion



MEHR KNETE FÜR DIE KIDS!

Schulen, Kitas, Sportvereine, Musikschule, Bücherei und Jugendarbeit mit allen Mitteln unterstützen

GRUENE-TELGTE.DE

DAS BESTE FÜR TELGTE.

